

Bundesbank – Geschäftsbericht oder Gefährdungsanalyse

Im folgenden beziehe ich mich ausschließlich auf den am 13.03.2012 veröffentlichten Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank; unter folgendem Link abrufbar:

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Geschaeftsbericht_e/2011_geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile

Ich möchte nachfolgend darstellen, wie wir von allen Seiten betrogen und für dumm verkauft werden.

Nach langen zig Seiten andauendem Geschwafel wird es auf der Seite 106 zum ersten mal hochinteressant:

Es wird der Euro-Bargeld-Umlauf dargestellt:

Entwicklung; Mio €				
Jahresende	Bargeldumlauf	Banknotenumlauf	Münzumlauf 1)	
2009	827 728	806 412	21 316	
2010	861 973	839 702	22 271	
2011	911 702	888 629	23 073	

Man erkennt sehr schön die jährliche Zunahme des umlaufenden Bargeldes mit Steigerungsraten um die 5%. Wir reden hier nicht über die Steigerungsraten des „Knopfdruckgeldes“, der elektronischen Nullen und Einsen, sondern von dem tatsächlich vorhandenen Bargeld in der gesamten Eurozone, d.h. jeder Cent und jeder 50 Euro-Schein in Ihrem und meinem Geldbeutel sind dabei. Es handelt sich insgesamt um 911.702.000.000 Euro, kurz 911 Mrd. €. Allein das „Rettungspaket Griechenland“, das besser heißen sollte: „Rettungspaket für großwahnwitzige Banken und Versicherungen“ umfaßt lockere 130 Mrd. € (die 130 Mrd. kommen natürlich niemals in Griechenland an, sie werden dahin transferiert, dann behält jemand 1+x% an Bearbeitungsgebühren ein und der Rest wird zurücküberwiesen an Goldman Sachs, Deutsche Bank, UBS usw. und der griechische Staat der seine jetzigen Schulden schon nicht bezahlen kann bekommt eben ein paar neue hinzu). Und jetzt ahnen Sie vielleicht schon langsam wie sicher Ihre Rente oder Ihre von der Kanzlerin höchstpersönlich garantierten Spareinlagen sind. Einen Bruchteil der deutschen Spareinlagen könnte man mit den 911 Mrd. € ausbezahlen oder die knappe Hälfte der offiziellzugegebenen deutschen Staatsschulden zurückbezahlen, aber das bedeutet dann, dass kein einziger „Euro-Europäer“ auch nur noch einen Cent in der Tasche hat, um sich ein Brot zu kaufen. OK ... es wären aber auch noch 13,29 Mrd. **DM** vorhanden, das ist noch in irgendwelchen Socken, Kisten, unter Betten etc. vorhanden ist ... ein schwacher Trost.

Für alle die jetzt fragen: „Warum ist das alles wichtig?“ empfehle ich einen Blick in das Bundesbankgesetz.

§ 14 BBankG Satz 2:

„Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“

Was bedeutet in diesem Zusammenhang „gesetzliches Zahlungsmittel“. Nun ja, dahinter verbirgt sich die brisante Erkenntnis, dass im Zweifel nur diese Banknoten zur Erfüllung von Verträgen zur Verfügung stehen, nichts anderes. Keine DM, kein Girokontoguthaben ... folgendes Gedankenspiel soll das Dilemma verdeutlichen:

Sie haben sich in einem Vertrag (z.B. Kaufvertrag, Mietvertrag, Kreditvertrag etc.) verpflichtet, einen Geldbetrag i.H.v. 1.000 Euro zu bezahlen. Folgende Zahlungsmittel stehen zur Auswahl: 1.300 US\$, 1.000 Euro in Euro-Banknoten, 1.000 Euro in 2-Euro-Münzen, 1.955,83 DM in DM-Banknoten und DM Münzen, 1.000 Euro in 10 Euro-Gedenkmünzen BRD, 1.000 Euro in 10-Euro-Gedenkmünzen Österreich, 1.000 Euro Guthaben Girokonto.

Frage: Wie können Sie diese Schuld rechtlich wirksam begleichen?

- 1.300 US\$: Der US\$ ist kein gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland ... in den USA sehr wohl ... hier sind Sie auf das Entgegenkommen des Vertragspartners angewiesen, dass er die Zahlung ausnahmsweise so akzeptiert, d.h. er **kann** die US\$ akzeptieren.
- **1.000 Euro in Euro Banknoten: Ihr Vertragspartner muß diese Banknoten zur Vertragserfüllung akzeptieren.**
- 1.000 Euro in 2-Euro-Münzen: gemäß EG-Verordnung Nr. 974/98 vom 03.05.1998 ist mit Ausnahme der ausgebenden Behörde niemand gesetzlich verpflichtet, mehr als 50 einzelne Münzen bei einer einzelnen Zahlung anzunehmen ... Ihr Vertragspartner **kann**, muß aber nicht akzeptieren.
- 1.955,83 DM in DM-Banknoten und DM Münzen: Diese Beträge können lediglich bei der Bundesbank umgetauscht werden, sie sind nach Einführung des Euro-Bargeldes kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Ihr Vertragspartner **kann**, muß aber nicht akzeptieren.
- 1.000 Euro in 10 Euro-Gedenkmünzen BRD: Diese Geldstücke werden per § 2 Abs. 2 Münzgesetz (MünzG) ebenfalls zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im **INLAND definiert**. Nach § 3 Abs. 1 MünzG ist aber niemand verpflichtet, mehr als 10 Gedenkmünzen bei einer Zahlung anzunehmen. Ihr Vertragspartner **kann** mehr akzeptieren, muß er aber nicht ...
- 1.000 Euro in 10-Euro-Gedenkmünzen Österreich: Diese Geldstücke sind im Inland keine gesetzlichen Zahlungsmittel, in Österreich dagegen schon, d.h. auch hier sind Sie auf das Entgegenkommen Ihres Vertragspartners angewiesen.
- 1.000 Euro Überweisung über Girokonto: **Sie bezahlen nicht mit gesetzlichen Zahlungsmitteln, sondern Sie übertragen eine FORDERUNG, erst haben Sie eine Forderung gegen Ihre Bank, dann hat Ihr Vertragspartner eine Forderung gegenüber seiner Bank.**

Und jetzt denken Sie mal kurz darüber nach wieviele Verpflichtungen Sie persönlich eingegangen sind und wieviele gesetzliche Zahlungsmittel Sie eigentlich nur haben

... oder was ist wenn das Gesetz geändert wird und ab morgen nur noch Kokosnüsse aus Timbuktu oder Glasperlen zum gesetzlichen Zahlungsmittel definiert werden und Sie sich mit den vielen schönen Banknoten die Wände tapezieren können und mit Ihren schönen Kontoauszügen und Versicherungspolice nur noch einmal (nämlich im Kamin) schöne Augenblicke genießen können?

Die Lösung heißt tauschfähige, wertbeständige, unverderbliche allgemein bekannte und anerkannte Sachwerte, das geht mit Zigaretten und Alkohol los und endet natürlich mit Gold und Silber, welches diese Eigenschaften schon seit tausenden Jahren besitzt.

Aber uns allen wird seit Kindesbeinen eingetrichtert: Geld, Papierschnitzel, Nullen und Einsen in einem Computer, Zahlen auf einem Papier sind der Weisheit letzter Schluß, Gold kann man nicht essen und weiterer Unfug. Übrigens: ein 5 Euro Schein schmeckt auch nicht.

Aber ... ich schweife ab ...

Auf den Seiten 138 ff geht's dann endlich mit den Jahresabschlusszahlen los. Nicht dass jetzt der Eindruck entsteht ... der Jahresabschluss wäre falsch ... Gott bewahre ... die Damen und Herren von der Wirtschaftsprüfungskanzlei Ernst & Young werden schon alle möglichen Ausnahmen und Hintertüren ausgeschöpft haben ... denn wie heißt es so schön:

„Gewinn ist der Betrag, den man beim besten Willen nicht mehr verstecken kann.“

Aber nicht umsonst macht man sich sein eigenes Recht (da gibt's extra Standards für Banken, für Versicherungen mit Regelungen für die ein „normal“ Bilanzierender für 100 Jahre in den Knast wandern würde wegen Gläubigerbenachteiligung, Kreditbetrug etc.).

Zuerst stolpert man über den Begriff: „GOLD und GOLDFORDERUNGEN“, eine zumindest nach (außer bei Banken) üblichen Rechnungslegungsstandards unzulässige Vermischung von Sachwerten und Forderungen. Eine spezielle Erläuterung im Anhang findet sich zu dieser Problematik nicht ...

*1 Gold
und Gold-
forderungen*

Zum 31. Dezember 2011 hält die Bundesbank 3 396 303 kg oder 109 Mio Unzen Feingold (ozf). Die Bewertung des Goldes erfolgt zum Marktpreis am Jahresende (1 kg = 39 123,09 € oder 1 ozf = 1 216,864 €). Im Berichtsjahr hat sich der Goldbestand um 4 666 kg oder 0,2 Mio ozf verringert. Diese Abnahme beruht auf der Veräußerung von Gold zum jeweiligen Marktpreis an den Bund für die Ausprägung von Goldmünzen.

Für diejenigen von Ihnen, die jetzt mit großen Augen „wieso ist das wichtig“ fragen eine Gegenfrage: Worin besteht das Hauptrisiko einer Forderung? Richtig ... dem Ausfallrisiko. Was hätten Sie persönlich lieber ... einen Goldbarren in der Hand oder einen Zettel wo Ihnen Herr X versichert, dass er Ihnen einen Goldbarren schuldet und Sie jederzeit vorbeikommen können, um diesen abzuholen.

Und die in letzter Zeit vermehrt auftretenden Fragen nach den Lagerorten des Goldes und wann sich letztmals jemand davon überzeugt hat, dass das Zeug noch da ist oder wenn es da ist, dass es sich nicht um goldüberzogene Wolframbarren handelt, will ich jetzt mal gar nicht thematisieren. Die knapp 3400 t Gold haben zum 31.12.2011 einen Marktwert von ca. 132 Mrd. €, also in etwa der Betrag des „Rettungspaketes Griechenland“. Übrigens, unser Bundesfinanzminister „rechnet“ für 2012 mit einer Neuverschuldung von 26 Mrd. €. Gehen Sie mal zu Ihrer Hausbank und fragen Sie mal nach einer jährlichen Neuverschuldungsmöglichkeit ...

Und schließlich und endlich noch der Hammer schlecht hin. In den letzten Monaten geistert immer mal wieder der Begriff TARGET2 durch die Medien, aber kaum einer weiß was das ist und noch weniger wissen wie es funktioniert und nur ganz wenige ahnen was da für eine finanzielle Bombe lauert.

TARGET: **T**rans European **A**utomated **R**ealtime **G**ross Settlement **E**xpress **T**ransfer System

Die Bundesbank erläutert den Begriff TARGET auf den Seiten 52ff des Berichts wie folgt:

„TARGET2 ist ein Zahlungsverkehrssystem, über das nationale und grenzüberschreitende Zahlungen in Zentralbankgeld schnell und endgültig abgewickelt werden. Über TARGET2 fließen pro Tag im Durchschnitt rund 350 000 Zahlungen im Wert von knapp 2½ Billionen €. Das entspricht in etwa dem deutschen Bruttoinlandsprodukt. Diesen Transaktionen können ganz unterschiedliche Geschäfte zugrunde liegen. Denkbar sind unter anderem die Zahlung einer Warenlieferung, der Kauf oder Verkauf eines Wertpapiers, die Gewährung oder Rückzahlung eines fälligen Darlehens, die Geldanlage bei einer Bank und vieles mehr. Fließt den Banken eines Landes in der Summe Zentralbankgeld zu, entsteht bei der betreffenden nationalen Zentralbank im Ergebnis ein positiver Saldo – so zum Beispiel bei der Bundesbank.“

Klingt doch einfach oder? Ist auch einfach, wenn man es an einem Beispiel erklärt und die daraus resultierenden Konsequenzen mal ganz umgangssprachlich auf den Punkt bringt:

Beispiel: Daimler verkauft 100 Kfz in ein europäisches (Euro-)Land, nehmen wir an nach Griechenland ☺, wir könnten auch die Produkte von Heckler & Koch oder Krauss-Maffei nehmen, das Prinzip ist immer das gleiche. Im Idealfall liefert Griechenland Olivenöl oder was auch immer im gleichen Wertvolumen zurück und die Bilanz wäre ausgeglichen.

Das Problem ist aber ... soviel Olivenöl braucht Deutschland nicht, die Gelder müssen ja aber trotzdem bezahlt werden, nämlich normalerweise über folgenden Weg: griechische Bank – griechische Nationalbank – EZB – Bundesbank – Hausbank von Daimler.

Wie immer im Geschäftsleben entsteht bei (noch) nicht erfolgter Bezahlung was? Genau ... eine Forderung. In unserem speziellen Fall eine Forderung der Bundesbank an das TARGET-System oder genauer an die EZB. Und in Griechenland eine Verbindlichkeit an das TARGET-System oder genauer an die EZB.

Wenn also Deutschland auf Dauer gesehen mehr Waren und Dienstleistungen exportiert (Hurra wie sind Exportweltmeister), die von den anderen Euro-Ländern nicht bzw. nicht komplett bezahlt werden können, dann entsteht ein immer größerer Forderungsbestand bei der Bundesbank und was war noch mal das Hauptrisiko einer Forderung? Richtig! Das Ausfallrisiko.

Lesen wir doch mal im Bundesbankbericht nach, was da zu eventuellen Risiken gesagt wird:

„Ein in der Öffentlichkeit diskutierter hypothetischer Fall, bei dem sich Teile der negativen TARGET2-Salden in bilanzwirksamen Risiken manifestieren könnten, ist der Austritt eines Landes aus der Währungsunion. Ein solcher ist unwahrscheinlich und nicht im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt. Sollte es jedoch dazu kommen, dass ein Land mit TARGET2-Verbindlichkeiten die EWU verlässt, so bestehen die Forderungen der EZB gegenüber dessen nationaler Zentralbank zunächst in unveränderter Höhe fort. Kann die ausscheidende Zentralbank ihre Verbindlichkeiten trotz etwaigem Verlustausgleich innerhalb des Eurosystems und vorhandener Sicherheiten nicht tilgen, müsste für die verbliebene Differenz eine Regelung gefunden werden. Erst wenn man eine Restforderung für uneinbringlich hielte, entstünde bei der EZB durch deren Abschreibung ein bilanz wirksamer Verlust. Über einen Ausgleich möglicher Verluste der EZB entscheiden die nationalen Zentralbanken als Kapitaleigner im EZB-Rat mit Kapitalmehrheit. Eine Verlustbeteiligung würde sich bei den nationalen Notenbanken gewinnmindernd auswirken (und etwa im deutschen Fall die TARGET2-Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB reduzieren). Die Bundesbank geht allerdings vom Fortbestand der Währungsunion in ihrer jetzigen Form aus.“

Ich kann gar nicht so viel essen wie ich angesichts dieser Arroganz und Ignoranz kotzen möchte. Der hypothetische Fall eines Erdbebens mit Tsunami war in den Risikoanalysen von Fukushima auch nicht betrachtet worden. Folgende Kernthesen der Bundesbanker lassen sich in verständlichem Deutsch ausgedrückt herauslesen:

- ein Auseinanderbrechen der Währungsunion ist nicht vorgesehen, also passiert es auch nicht (genau: was ich nicht sehe ist auch nicht da, deshalb halten sich Kinder oftmals die Augen zu)
- wenn doch was passiert, dann sind es ja nur Verluste der EZB und über diese Verluste entscheiden ja die nationalen Zentralbanken mit Kapitalmehrheit (mmhh: wenn Griechenland nicht mehr bezahlt, dann werden alle anderen einstimmig beschliessen, dass die Verluste der EZB wer bezahlt ... genau ... die Gläubiger und das ist z.B. Deutschland)
- Diese Verlustbeteiligung (man kann auch Forderungsverlust) ist dann bei der Bundesbank gewinnmindernd.

- Die Bundesbank kann dann leider kein Geld mehr an den Bundeshaushalt abliefern. Es sei denn die Bundesbank beginnt dann wie wild Geld zu drucken bis die Druckmaschinen glühen.

Zusammenfassend kann man also sagen:

Wir beliefern Europa und liefern das Geld zum Bezahlen gleich mit.

Ja, zugegeben es ist nicht nur Deutschland, es sind auch noch die Niederlande, Luxemburg und Finnland die diesen Spaß finanzieren, ALLE anderen Euro-Länder haben negative TARGET2-Salden.

So und wenn ich mir dann die Bilanz und die Bilanzrelationen betrachte, dann kommentiere ich jetzt mal gar nichts weiter sondern lasse nur Zahlen sprechen:

Bilanzsumme:	837.643.000.000 €	100,00%
Target2 Saldo:	463.263.000.000 €	55,31%
Gold- und Goldforderungen:	132.874.000.000 €	15,86%
Grundkapital + gesetzliche Rücklage:	5.000.000.000 €	0,60%

55% aller „Wertgegenstände“ = Aktiva bestehen aus Forderungen mit teilweise zweifelhafter Bonität. Da die Goldbestände physisch nicht verifiziert wurden, bestehen sogar bis zu 70% aller Aktivposten aus Forderungen mit mehr oder minder großen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bereits ein Berichtigungsbedarf von 1% (in Worten: EIN PROZENT) pulverisiert das gesamte Eigenkapital der Bundesbank, die dann natürlich keinen Gewinn an den Bundeshaushalt abliefern kann und wird. Übrigens, der TARGET2-Saldo im April 2012 beträgt bereits 644.182.000.000 €, ein Anstieg um 39% in 4 Monaten und unsere europäischen PIGS-Freunde haben in der Summe ca. -836.000.000.000 €. Jetzt weiß ich endlich von was für einem Aufschwung in den Nachrichten immer gefaselt wird.

Wer angesichts solcher Zahlen, Berichte etc. immer noch meint alles wird gut und bislang haben die das immer hinbekommen ... dem ist wirklich nicht mehr zu helfen und unsere Enkelkinder werden uns eines Tages zurecht fragen ... was wir denn unternommen haben ... das muß man doch gesehen haben und wir werden antworten: da war gerade Fußball EM

In diesem Sinne einen fröhlichen Juni 2012

Olaf Jentsch

© Kopieren, Zitieren und Verbreiten unter Angabe der Quelle ausdrücklich erwünscht.

Sie erreichen mich für Rückfragen, Meinungen, Kommentare, Verbesserungen und Berichtigungen unter Olaf.Jentsch@web.de